



HESSISCHER LANDTAG

19. 02. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Einführung der 105-prozentigen Lehrerversorgung im Landesdurchschnitt und des Sozialindex zum Schuljahr 2013/2014

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass alle Schulen zu Beginn des kommenden Schuljahres 2013/2014 eine Unterrichtsversorgung von durchschnittlich 105 % erhalten werden. Über die Grundunterrichtsversorgung hinaus, die zur Abdeckung der Stundentafel dient, stellt das Land Hessen insgesamt rund 1.990 Lehrerstellen mehr zur Verfügung. Dadurch löst die Landesregierung ein zentrales Versprechen aus der Koalitionsvereinbarung ein.
2. Der Landtag stellt fest, dass alle Schulen, ganz gleich welcher Schulform sie angehören, eine wesentlich höhere Lehrerrzuweisung erhalten. So bekommen alle Schulen eine mindestens 104-prozentige Unterrichtsversorgung, alle selbstständigen Schulen eine mindestens 105-prozentige Unterrichtsversorgung. Noch nie waren unsere Schulen personell so hervorragend ausgestattet. An dem massiven Abbau von Lehrerstellen, wie er beispielsweise in Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz praktiziert wird, beteiligt sich Hessen nicht. Das Vorgehen der Landesregierung beweist vielmehr, dass Bildung im Land Hessen oberste Priorität hat und in diesen Bereich ohne Kompromisse weiter investiert wird!
3. Der Landtag unterstützt das Ziel der Landesregierung, den Zuwachs in der Unterrichtsversorgung nicht lediglich nach dem "Gießkannenprinzip", sondern 300 Stellen mittels eines Sozialindex an den hessischen Schulen zu verteilen. Mithilfe des Sozialindex sollen die Schulen unterstützt werden, die im Landesvergleich unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten. Der Sozialindex basiert auf vier Sozialindikatoren, die das soziale Umfeld einer Schule beschreiben. Durch diese Maßnahme wird die Bildungsgerechtigkeit im Sinne der Kinder und Jugendlichen gestärkt und die individuelle Förderung vor Ort ausgebaut. Ferner ist die Etablierung eines Sozialindex ein weiterer wichtiger Schritt zu dem Ziel, dass kein Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlassen soll.
4. Der Landtag begrüßt, dass die Schulen innerhalb ihres Schulprogramms selbst darüber entscheiden können, wie sie die zusätzlichen Ressourcen einsetzen wollen. Denn der Landtag ist davon überzeugt, dass vor Ort am besten entschieden werden kann, wie die Ressourcen am sinnvollsten verteilt und welches zusätzliche Personal in welchem Maße eingesetzt werden soll. So können z.B. die individuelle Förderung durch besondere profilbildende Unterrichtsangebote für Schülerinnen und Schüler gestärkt, die Maßnahmen im Rahmen der "aufsuchenden Elternarbeit" intensiviert, besondere pädagogische Methoden und Sozialformen im Unterricht oder Betreuungsangebote angeboten oder an selbstständigen beruflichen Schulen die Angebote zum lebenslangen Lernen ausgebaut werden. Dieses Vorgehen ist zentral für mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit an unseren Schu-

len, denn mit dieser Gestaltungsfreiheit kann in Zukunft noch stärker auf die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler und auf das schulische Umfeld eingegangen werden, sodass die schulische Qualitätsentwicklung positiv beeinflusst wird.

Wiesbaden, 19. Februar 2013

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Greilich